

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 98 (2023)
Heft: 2

Artikel: Bundesrat will Armee ausbremsen
Autor: Besse, Frederik
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1047583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bild: VBS

Wird das bei den Bodentruppen Konsequenzen haben? Der Bundesrat will bei der Armee 1,6 Milliarden Franken einsparen.

Bundesrat will Armee ausbremsen

Der Bundesrat sieht grosse finanzielle Schwierigkeiten auf die Schweiz zukommen. Um die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten soll ausgerechnet bei der Armee gespart werden. Insgesamt 1,6 Milliarden in drei Jahren sollen eingespart werden.

Hptm Frederik Besse

Wie gewonnen so zerronnen. Noch im Sommer 2022 war sich der Bundesrat mit dem Parlament einig, dass die Schweizer Armee ab 2030 ein Budget von 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes erhalten sollte.

Im Gegensatz zu Deutschland, das mit einem gigantischen Sondervermögen die Bundeswehr auf Vordermann bringen wollte (100 Milliarden Euro), hat sich die Schweiz auf eine langsam wachsende Er-

höhung geeignet. Davon ging man bis vor kurzem noch aus.

Der Bundesrat wollte am 25. Januar in Anbetracht der Sparmassnahmen des Bundesshaushaltes nichts mehr davon wissen.

Bund muss sparen

Um ein Milliardendefizit zu verhindern, sollen verschiedene Ausgaben des Bundes

gekürzt werden. Neue Einnahmen- und Ausgabenschätzungen werden Ende Januar vorliegen. Der Bundesrat wird die genauen Sparvorgaben daher erst Mitte Februar festlegen können.

Das bedeutet es für die Armee

Bisher war man davon ausgegangen, dass die Armee jedes Jahr ein höheres Budget zur Verfügung bekommen sollte, bis man ab 2030 1 Prozent des BIP erreichen würde. Mit einem «Bereinigungskonzept» will der Bundesrat erreichen, dass die Armee 2030 trotzdem ihr 1 Prozent des BIP bekommt, aber nicht mehr gemäss dem bisher kommunizierten Aufwuchs.

Das SRF rechnet vor, wie das aussehen würde: «Im nächsten Jahr soll der eigentlich vorgesehene Ausbau um 300 Millionen Franken gestutzt werden, im Jahr darauf um 500 Millionen, und in drei Jah-



«Wir brauchen zu jeder Zeit eine einsatzbereite Armee, welche als funktionierendes System den Schutz unseres Landes gewährleistet», schreibt Major Thomas G. Albert. Hier im Bild zusammen mit Nationalrat Mauro Tuena, Präsident SiK NR.

ren soll es gar 800 Millionen Franken weniger geben als im Finanzplan vorgesehen.», schreibt Philipp Burkhardt.

VMG erwartet deutliche Korrektur

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident des Verbands Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG), zeigte sich überrascht sowie enttäuscht zugleich. «Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitischen Lage erste Priorität haben. Die in den letzten Jahrzehnten kaputtgesparte Armee braucht dringend mehr finanzielle Mittel, insbesondere für die Ablösung der 24 Hauptssysteme der Bodentruppen!»

Unser Land, so die VMG, wende derzeit nur 0,7 Prozent des BIP für die Verteidigung auf, das sei für die reiche Schweiz im europäischen Vergleich beschämend wenig.

Das Parlament habe im letzten Jahr zurecht die Erhöhung des Militärbudgets auf 1 Prozent des BIP beschlossen, was rund CHF 7 Mrd. (heute: CHF 5 Mrd.) entspricht.

Der VMG erwarte deshalb vom Parlament ein deutliches Zeichen gegen den

unverständlichen Bundesratsentscheid, d. h. die vom Bundesrat geplanten Kürzungen der Armeeaufgaben sind vom National- und Ständerat klar abzulehnen.

KOG Zürich positioniert sich

Anlässlich ihrer Mitgliederversammlung hat sich auch die Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich deutlich positioniert.

KOG Zürich Präsident Maj Thomas G. Albert fordert: «Der Bundesrat muss den Entscheid überdenken und das Parlament muss dabei korrigierend eingreifen.»

Die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage verlange nach mehr finanziellen Mitteln, mehr Material und mehr Personal. Die Fehler und Unterlassungen der letzten Jahrzehnte müssen korrigiert werden.

«Wir brauchen zu jeder Zeit eine einsatzbereite Armee, welche als funktionierendes System den Schutz unseres Landes gewährleistet. Ein knappes Jahr nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine wurde zwar viel in Aussicht gestellt, aber, mit Ausnahme der durchgezogenen Beschaffung des F35, noch wenig verbindlich um-

gesetzt. Es ist nun Zeit zu handeln!», hält Thomas G. Albert fest.

Parlamentarier unzufrieden

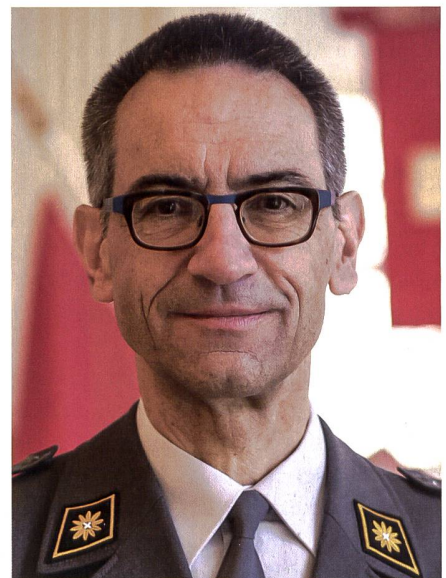
Die beiden Präsidenten der sicherheitspolitischen Kommissionen des National- sowie Ständerats kritisierten ebenfalls die Planung des Bundesrates. Ständerat Werner Salzmann (SiK-SR) sowie Nationalrat Mauro Tuena (SiK-NR) lehnen Kürzungen beim Armeebudget ab.

Wie weiter?

Der Missmut von weiten Kreisen der Bürgerlichen sowie von führenden sicherheitspolitischen Meinungsmachern könnte dem Bundesrat zum Verhängnis werden, denn das Parlament hat das letzte Wort in dieser Sache.

Ein erneuter Streit um das Armeebudget, während ein Krieg in Europa tobt, zeigt auch auf, dass insbesondere das VBS, aber auch die Armee die Kommunikation intensivieren muss.

Im Zentrum dieser Kommunikation sollten nicht Zahlen sondern Fähigkeiten stehen. Die Armee hat die nötigen Grundlagenberichte erstellt, es fehlt noch an der konkreten Darstellung und einer klaren Prioritätensetzung, welche Fähigkeiten wiedererlangt oder bewahrt werden müssen. +



Bilder: ZVC

«Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der volatilen sicherheitspolitischen Lage erste Priorität haben», argumentiert Stefan Holenstein, Präsident VMG.